

SUBIS... AGE

57 764

ZÄHLUNG

n

nach der... rd hat ein... on in Tor... ds in der... achschaden... der Polizei... fahre alten... 1 um 3.15... dem Zeit... rletzt. Bei... stadion in... 52 Men...

n

chaan

teilt

non ist... sekonde... Anmer... Verhös... ugrund... enntnis... n gege... ch dar... er sel... rückge... tführer... ür eine... nd ge...

«Dsch... sechs... hatte... ssever... n Fol... uffierte... lassen... unt, ob... Konto

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## «Fachliche Kompetenz und Sprachkenntnisse»

So verteidigt die VU ihre «Parteiangliste» gegen eine korrekte Volkswahl

Die Vaterländische Union will sich mit der Volksabstimmung am 31. Mai und 2. Juni grünes Licht dafür geben lassen, dass die Parteien über gleichberechtigte Stellvertreter weiterhin in der Lage bleiben, das Parlament zu manipulieren. Mit fadenscheinigen Argumenten!

So heisst es beispielsweise im Zusammenhang mit der Beibehaltung der heutigen Stellvertreter-Lösung im VU-Pressorgan vom 17. Mai u. a. ganz harmlos: «Die letzten Jahre haben (...) gezeigt, dass es für beide Parteien ausserordentlich schwierig ist, Parlamentarier zu finden, die sich in die Delegationen (z. B. Parlamentarier-Delegation beim Europarat) wählen lassen. Diese Schwierigkeit lässt sich auch mit einer Erhöhung des Landtages nicht lösen. Denn um beispielsweise bei der Strassburger Delegation wirkungsvoll mitarbeiten zu können, braucht es nicht nur viel Zeit, sondern vor allem fachliche Kompetenz und Sprachkenntnisse. Der Landtag und die Parteien (auch die FDP) waren in der Vergangenheit deshalb froh, wenn sie auch auf bestens ausgewiesene stellvertretende Abgeordnete zurückgreifen konnten.»

Richtig ist, dass der Landtag und die Parteien in den letzten Jahren bisweilen froh waren, dass sie auf Stellvertreter zurückgreifen konnten. Aber weil man ge-

rade dies auf Dauer als eine nicht wünschenswerte Notlösung betrachtete, strebt man eine korrekte Vergrösserung des Landtages an.

Falsch ist, dass sich die Schwierigkeiten, die sich z. B. aus der Besetzung der Europarats-Delegation ergeben, durch eine ordentliche Erhöhung der Mandatszahlen nicht überwinden lassen. Oder hat die VU nur in den Reihen der bisherigen Stellvertreter Leute, welche mit der fachlichen Kompetenz und mit den nötigen Sprachkenntnissen ausgerüstet sind, um nach Strassburg zu gehen?

Richtig ist, dass die VU in der Person ihres Abgeordneten Dr. Franz Beck seinerzeit sehr wohl einen ordentlichen Abgeordneten in die Strassburger Delegation wählte. Zur Stellvertreter-Lösung griff sie erst, als Dr. Franz Beck anläss-

lich der Landtagswahl 1982 den Sprung ins Parlament nicht mehr schaffte und abgewählt wurde. Die Wählerentscheidung war klar, aber sie hat der Partei offenbar nicht veranlassen können, auf den weiteren Einsatz Dr. Franz Beck zu verzichten.

Heute haben wir es gerade im Zusammenhang mit unserer Europarats-Delegation mit der paradoxen Situation zu tun, dass sie aus einem ordentlich gewählten Abgeordneten (Louis Gassner, FDP) und drei Stellvertretern (Dr. Franz Beck, VU, Franz Oehri, VU, und Felix Hassler, FDP) besteht.

Delegationsleiter aber ist nicht etwa der Abgeordnete Louis Gassner, sondern der Ersatzabgeordnete Dr. Franz Beck. Es hat sich also auch hier die Parteiangliste der VU und nicht die Entscheidung des Wählers durchgesetzt.

## VU: Stur und widersprüchlich

Was ist aus der Partei der «Lebendigen Demokratie» geworden?

Noch in den siebziger Jahren schrieb sich die Vaterländische Union (VU) den Grundsatz von der lebendigen Demokratie auf die Fahnen. Inzwischen ist sie sturer geworden denn je und verstrickt sich laufend in Widersprüche.

Als Antwort auf die landesweite Diskussion über die Erhöhung der Mandatszahlen des Landtags, ist ihr neuerdings nur noch der belehrende Zeigefinger geblieben. «Ein Parlament mit 21 Abgeordneten genügt!» schreibt sie am letzten Samstag in ihrem Parteiorgan. Wohl gleich im Namen des ganzen Volkes.

Gleichzeitig propagiert sie 10 Stellvertreter, die mit den gleichen Kompetenzen ausgestattet sind, wie die ge-

wählten Abgeordneten. Ergibt also de facto ein Parlament von 31.

Für die VU liegt darin keineswegs ein Widerspruch. Denn von den 31 können nur 21 durch die Wähler bestimmt werden, den Rest will sich die VU auch in Zukunft selbst aussuchen: die Fachleute mit Sprachkenntnissen beispielsweise oder die Frauen.

Die gerechte und saubere Lösung mit 25 ordentlich gewählten Stellvertretern und Volksvertreterinnen ist weiterhin nicht im Sinne der heutigen Mehrheit. Denn sie könnte die Politik und damit unsere Demokratie wieder lebendig machen. Sie könnte neuen Kräften, Minderheiten und selbstverständlich auch den Frauen möglicherweise zu viel Chancen für den Sprung ins künftige Parlament geben.

## Zimmermann kritisiert Führungsstil von Kohl

Bei den Bemühungen um Koalitionskompromisse zur Inneren Sicherheit hätte Kohl nach Ansicht des Innenministers früher eingreifen müssen

Bonn (AP) Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat Bundeskanzler Helmut Kohl vorgeworfen, seine Autorität als Regierungschef im Bereich der Inneren Sicherheit nicht rechtzeitig genug für Kompromisse zwischen den Koalitionsparteien CDU, CSU und FDP eingesetzt zu haben. In einem am Sonntag in Bonn veröffentlichten Interview für die Fernsehserie «Bonner Perspektiven» übte Zimmermann damit als erstes Kabinettsmitglied öffentliche Kritik am Führungsstil des Bundeskanzlers.

Seiner Meinung nach habe Kohl zu lange gewartet und es den Koalitionspolitikern im Bundestags-Innenausschuss Woche für Woche allein überlassen, zu Kompromissen zu gelangen, die aber offenbar nicht ohne weiteres herstellbar seien, sagte Zimmermann. Er fügte hinzu: «Ich hätte mir gewünscht, dass er früher eingreift.»

Generell verlangte Zimmermann kürzere Entscheidungsprozesse. Und wenn Entscheidungen rascher fielen, müssten

sie getragen werden. «Es muss der Eindruck vermittelt werden, dass Führung vorhanden ist, das ist in einer parlamentarischen Demokratie in dieser schwierigen Staatsform das wichtigste», sagte Zimmermann.

Der Innenminister verwies darauf, dass bei ihm seit vier Monaten der Entwurf eines Ausländergesetzes «in der festversperrten Schublade» liege, weil es immer noch nicht zu einem Spitzengespräch mit

den dafür erforderlichen Leuten - das sind Kohl, der FDP-Vorsitzende Martin Bangemann und CSU-Chef Franz-Josef Strauss - gekommen sei. CDU, CSU und FDP müssten noch vor der parlamentarischen Sommerpause feststellen, was in der Koalition im Bereich der Inneren Sicherheit, der Rechts- und der Innenpolitik überhaupt noch möglich sei. Später laufe in dieser Legislaturperiode nichts mehr.

## Keine PTT-Tariferhöhungen bis Ende 1987

Zusätzlicher jährlicher Personalbedarf von 1000 Personen

Bern (AP) In den nächsten zwei bis drei Jahren wird es keine generellen PTT-Tariferhöhungen geben. Diese Zusicherung machte der Präsident der PTT-Generaldirektion Hans-Werner Binz gegenüber der «Samstagsrundschau» von Radio DRS. Die PTT hofften, mit den gegenwärtigen Tarifen noch lange auszukommen, sagte er. Um partielle Änderungen werde man allerdings kaum herkommen. Im Zusammenhang mit dem Personalbedarf erklärte Binz, dass er jährlich rund 1000 zusätzliche Arbeitskräfte benötige.

Er bestimme die Taxen nicht, dafür sei der Bundesrat zuständig, sagte der PTT-Chef und fügte hinzu: «Aber ich bin sicher, dass von der Generaldirektion PTT bis Ende 1987 kein Antrag für PTT-Taxerhöhungen kommen wird.» Die vorge-

sehene Erhöhung der Auslandposttaxen im kommenden Jahr sei nicht eine PTT-Erfindung. Die PTT seien dazu durch internationale Abmachungen gezwungen, die eine neue Basis geschaffen hätten. Gleichzeitig könne er aber sagen, dass ab nächstem Jahr in einem noch grösseren Ausmass als diese Taxen anstiegen, die internationalen Telefntaxen mit den wichtigsten Ländern der Welt sanken.

Auch ein Leiter eines «Goldengirls», wie die PTT genannt wurde, sei nicht sorgenfrei, sagte Binz weiter. Die Personalbestände beschäftigten ihn sehr. «Ich brauche Jahr für Jahr mehr Leute, damit ich die neuen Aufgaben und auch die Zunahmen im ganzen Verkehr bewältigen kann», sagte Binz.

## Der FC Balzers ist Zweitliga-Meister

USV Eschen-Mauren schlug den ärgsten Balzner Widersacher Glarus mit 5:1

Obwohl der FC Balzers gestern in Niederurnen mit 2:0 Toren verlor, hat es die Mannschaft geschafft und ist frischgebackener Zweitligameister. Die Balzner erhielten vom USV Eschen-Mauren mächtige Schützenhilfe, denn der Ackermann-Elf gelang es, den ärgsten Widersacher von Balzers, nämlich Glarus, gleich mit einer 5:1-Schlappe im Sportpark abzufertigen. Damit ist jetzt für den FC Balzers unter Spielertrainer Rehmann der Weg frei für die schweren Aufstiegs-spiele.

Balzers spielte nur gerade eine Saison in der 2. Liga und schaffte auf Anhieb den Gewinn der Meisterschaft. Zweifellos war Balzers während der Meisterschaft die konstanteste Elf. In der Vorrunde blieb sie ungeschlagen. Die erste grosse Bewährungsprobe in der Rückrun-

de ging aber daneben, eben gegen den USV. Doch dann fing sich Balzers wieder und steuerte - sicher auch dank dem Nachlassen von Glarus - zielstrebig dem Meistertitel zu.

Jetzt steht nur noch ein Spiel aus, nämlich gegen den FC Mels, das aber aus der Sicht des FC Balzers bedeutungslos geworden ist. Die Mannschaft konzentriert sich bereits auf die Aufstiegsspiele, die am 2. Juni mit einem Heimspiel (gegen den Zürcher Meister Gr. 3, Dietikon oder Wädenswil) beginnen.

Eine Woche später findet das Rückspiel statt und ein allfälliges Entscheidungsspiel müsste dann in Rapperswil ausgetragen werden. Wir gratulieren dem FC Balzers für den Gewinn der Meisterschaft und wünschen ihm in den kommenden Aufstiegsspielen alles Gute und vor allem viel Glück.

## KOMMENTAR

Es gibt Dinge, die im Laufe der Zeit eine Eigendynamik entfalten, deren Ergebnis ursprünglich nicht einmal - wenigstens vielleicht - beabsichtigt war. Zu ihnen gehört offenbar auch unser Stellvertreterssystem im Landtag. Die Verfassung und die darauf basierende Geschäftsordnung des Landtags sind einmal davon ausgegangen, dass die Stellvertreter nur im Verhinderungsfalle eines gewählten Abgeordneten ihren Platz im Plenum einnehmen können. Auch als die Geschäftsordnung auf Antrag der VU-Fraktion 1971 geändert wurde, ging der Landtag noch davon aus, dass sich die Kommissionsarbeit eines stellvertretenden Abgeordneten auf die Mitarbeit in diesem Gremium beschränken sollte. Doch seither - seltsame Eigendynamik - sind sie in die Landtagsarbeit integral hineingewachsen, vertreten sie ihre Fraktion im Plenum und in den Kommissionen, vertreten aber auch die Kommissionsarbeit im Plenum.

### Seltsame Eigendynamik

Die Wählbarkeit von stellvertretenden Abgeordneten in Kommissionen ist nicht etwa auf eine kontinuierliche Entwicklung zurückzuführen, sondern auch einen dringlichen Tagesordnungsantrag der VU-Fraktion, für die es in der Sitzung vom 15. April 1971 offenbar nicht Dringlicheres gab. Aus dem Protokoll wird ersichtlich, dass auch die VU ursprünglich nicht daran dachte, die Stellvertreterfunktion auf die Funktion eines gewählten Abgeordneten auszuweiten. Zumindest machte der VU-Sprecher darauf aufmerksam, dass ein Ersatzabgeordneter das von ihm kommissionell bearbeitete Problem nicht ohne weiteres im Landtag vertreten könne, «weil er dort ja nur als Ersatz für einen verhinderten ordentlichen Abgeordneten mitwirken» könne.

Seither haben sich die Manieren gewandelt. Der Stellvertreter, der nach dieser damals unbestrittenen Auffassung nur bei Verhinderung eines Gewählten einspringen durfte, wird heute als «Lückenbüsser» abqualifiziert. Und diese «Lückenbüsser» wurden in der Folge auch in die Delegation zum Europarat und zur EFTA bestellt - offenbar nach dem bekannten Muster: Wenn du den kleinen Finger erhältst, nimm getrost die ganze Hand!

Interessant ist auch zu wissen, weshalb die VU 1971 derart rasch auf eine Ausweitung der Stellvertreterfunktion drängte. In der gleichen Sitzung stand die erste Beratung des Schulgesetzes auf der Tagesordnung und der VU-Sprecher gab bekannt, dass «wir besonders unter den Ersatzabgeordneten fachlich sehr ausgewiesene Kräfte haben würden, die erfolgreich in dieser Kommission mitwirken könnten.»

Gesagt, getan! Und heute möchte die VU, dass das Stellvertreterssystem nach ihrer Art in der Verfassung verankert wird. Warum eigentlich in der Verfassung verankern, wenn es - nach ihrer Version - gar nicht verfassungswidrig ist? (G.M.)

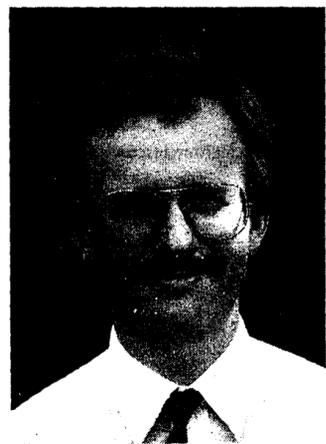
## Für die konsequentere Lösung

Die FDP-Initiative belässt das Kräfteverhältnis Oberland - Unterland

Als Unterländer muss ich mich klar für die FDP-Lösung zur Erhöhung auf 25 Abgeordnete aussprechen. Mit 25 Mandaten im Landtag erhält das Unterland 10 Sitze, das Oberland kann 15 Sitze belegen. Mit dieser, von der FDP vorgeschlagenen Lösung bleibt das Kräfteverhältnis zwischen den beiden historisch gewachsenen Wahlkreisen wie bisher gewahrt. Das Unterland erhält mit 10 Mandaten wiederum einen Anteil von 40 Prozent an den gesamten Parlamentssitzen, wie das schon seit 1921 der Fall ist, während die VU-Lösung eine Schmälerung des kleineren Wahlkreises Unterland herbeiführen würde.

Die FDP-Lösung ist aber nicht nur in bezug auf die Sitzzahl und deren Verteilung auf die Wahlkreise, sondern vor allem auch bei der Lösung der Stellvertreterfrage bedeutend konsequenter. Wenn ein gewählter Abgeordneter tatsächlich an einer Sitzung verhindert ist, so kann - wie bisher - ein Stellvertreter an der Sitzung teilnehmen, um das Stimmenverhältnis zwischen Mehrheit und Opposition zu wahren. Aber sonst darf der Nichtgewählte, ausser dieser Stellvertretung, wie sie die Verfassung von 1921 bereits vorsieht, keine Funktionen ausüben.

Eine Wahl muss eine Wahl bleiben,



da muss der Bürger auswählen können. Wer nicht die erforderliche Stimmenzahl erhält, kann nicht ins Parlament - das sind die demokratischen Spielregeln.

Ich bin für eine Erhöhung auf 25 Abgeordnete und für eine klare Haltung in bezug auf die Stellvertretung, also für die FDP-Initiative.

Herbert Kind (Ruggell)